

**EXTRA****Gerichtsklage gegen dicke Luft**

Ungewohnte Post erhalten in diesen Tagen die Stadtbehörden von Bern, Winterthur und Zürich: Neun Privatpersonen, die zum Teil ärztlich attestiert unter der Luftverschmutzung leiden, klagen ihr «Recht auf gute Luft» ein. Sie wollen damit in einem ersten Schritt die städtischen Behörden dazu zwingen, Massnahmen zu ergreifen, um die geltenden Grenzwerte einzuhalten. Kommen die Behörden der Forderung nicht nach, wollen die neun Personen den juristischen Weg einschlagen und bei höheren Instanzen das Recht auf körperliche Unversehrtheit und den Schutz vor Beeinträchtigung geltend machen. Allein unterwegs sind die gesunde Luft Fordernden nicht: Letztlich stellen sich die Klagenden in den Dienst der Umweltorganisation Greenpeace, die sich für eine längere juristische Kampagne gerüstet hat und die neun Dossiers bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg zu ziehen bereit ist.

**Gefährdetes Menschenrecht**

Mit den Klagen will Greenpeace den Kampf um gesunde Luft auf eine neue Ebene heben, bisherige Muster durchbrechen und den Druck auf die Politik erhöhen. Bisher werde die Verantwortung bei der Bekämpfung der Luftverschmutzung lediglich zwischen den politischen Akteuren hin und her geschoben, sagt Cyrill Studer, der Leiter der Greenpeace-Verkehrskampagne. Viele akzeptierten stillschweigend den Tod von rund 3700 Menschen, die in der Schweiz frühzeitig an den Folgen der Luftverschmutzung sterben.

Wie das juristische Kräftemessen verlaufen wird, ist schwer abzuschätzen. Die geltende Rechtslage ermöglicht es nicht, den Staat im Falle der Luftverschmutzung direkt auf die Verletzung einer Schutzpflicht einzuklagen. Greenpeace wählt deshalb den Weg über die Grundrechte und beruft sich auf die von der Schweiz 1974 mitunterzeichnete Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Unter gewissen Voraussetzungen kann tatsächlich ein Anspruch gegenüber einem Staat gefordert werden, dass er Bürgerinnen und Bürger gegen die Beeinträchtigung von Drittverursachern schützt. Greenpeace rechnet sich nach eigenen Angaben durchaus Chancen aus, in Strassburg mit einer Klage durchzukommen. *(Marc Lettau)*

**EXTRA****Im Vergleich weiter billig**

Auch mit der nun vom Nationalrat beschlossenen Einführung der CO2-Abgabe auf Energie bleiben die Schweizer Heizölpreise im Vergleich mit anderen europäischen Staaten billig. Wie eine kürzlich präsentierte Untersuchung der Stiftung Praktischer Umweltschutz Schweiz (Pusch) zeigte, sind die Schweizer Heizölpreise im Vergleich mit den alten EU-Ländern am tiefsten. In vielen Ländern Europas gibt es bereits CO2-Abgaben (so in Dänemark, Deutschland, Finnland, Italien, den Niederlanden, Norwegen und anderen). Auf 1000 Liter Heizöl werden in der Schweiz Abgaben von 7 Franken fällig – in Italien 633 Franken. Hinzu kommt die Mehrwertsteuer, welche ebenfalls in der Schweiz deutlich tiefer ist als anderswo. Auch wenn die Schweiz ab 2010 eine CO2-Abgabe von 36 Franken pro Tonne CO2 einführt, werden die Schweizer Heizölpreise immer noch nach Luxemburg an zweitunterster Stelle liegen.

Dasselbe gilt auch für Benzin, das der CO2-Abgabe nicht unterstellt wird. Auch Treibstoff ist gemäss der Erhebung der Pusch nirgends so billig wie in der Schweiz. Benzin bleifrei 95 kostet in der Schweiz (Stand Mai) 1.67 Franken. In den umliegenden Ländern kostet Benzin wesentlich mehr: Fr. 1.75 in Österreich, in Frankreich Fr. 2.03, in Italien Fr. 2.10 und Fr. 2.11 in Deutschland. Auf Treibstoff soll in der Schweiz vorläufig keine CO2-Abgabe erhoben werden, obwohl der Benzinkonsum noch kaum zurückgeht. Dafür zahlen Autofahrerinnen und Autofahrer auf Benzin anderthalb Rappen. Mit diesem Klimarappen werden vor allem im Ausland Klimaschutzprojekte finanziert. (hei)